



Pressemitteilung

Murnau, den 23.09.2010

**Weltkindertag: Doch Deutschland nach wie vor ohne echte  
Kinderfreundlichkeit – bald leere Kita-Plätze  
Familien warten auf Umsetzung höchstrichterlicher Urteile – bis dahin  
bleiben Kinder das Armutsrisiko Nr. 1 für Eltern  
Appell an Bundesfamilienministerin Kristina Schröder**

**Die Fakten:**

- Deutschland ist in der EU Schlußlicht bei der Anzahl der Geburten
- Deutschland hat aber nicht zu wenig Familien, die *ein* Kind bekommen
- Deutschland hat zu wenig Familien, die *mehrere Kinder* bekommen
- Kinder sind gerade für erwerbstätige Eltern in Deutschland das Armutsrisiko Nr. 1

Was hilft es, wenn die Bundesfamilienministerin am Weltkindertag fordert, die Arbeitswelt familienfreundlicher zu gestalten und die Geburtenrate trotz Elterngeld und Kita-Ausbau ständig sinkt?

„Welche Eltern wünschen sich ein Kind oder weitere Kinder nur wegen der Zusage eines Krippenplatzes für die ersten 3 Lebensjahre?“, fragt die Sprecherin des Aktionsbündnis Familie, Christiane Lambrecht. „Die finanzielle Mehrbelastung durch Kinder für Essen, Kleidung, Schulbedarf, Sport, Musik, Freizeitunternehmungen oder Wohnraum kostet den Eltern bis zum Abschluß der Ausbildung ihrer Kinder für etwa 17 bis 25 Lebensjahre viel Geld – und zwar Tag für Tag. Doch mit jedem Kind mehr sinkt das Nettoeinkommen überproportional. Das belastet Familien schwer. Ein Hauptgrund dafür ist, dass im Gegensatz zum Grundgesetz und Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts die Anzahl der Kinder bei den Sozialabgaben nicht entsprechend berücksichtigt werden.“

**Kinder als Armutsrisiko – obwohl es die Verfassung anders vorgibt**

„Mindestens 245 Euro pro Kind und pro Monat hätten Eltern mehr, wenn Vorgaben des Verfassungsgerichts\*) umgesetzt werden würden“, stellt der Geschäftsführer des Deutschen Familienverbandes, Siegfried Stresing fest. Das Bundesverfassungsgericht hat in mehreren Urteilen festgestellt: Kinder großzuziehen ist gleichwertig wie die monatlichen Geldbeiträge, denn Kinder sind *der* generative Beitrag zum Sozialversicherungssystem.

Doch der Gesetzgeber läßt seit Jahrzehnten die Familien auf Gerechtigkeit und damit finanzielle Entlastung warten. Familien müssen daher weiter den Weg durch die Instanzen gehen. Dazu haben sie aber zu wenig Zeit und Geld.

„Wie viele Kita-Plätze werden künftig leer bleiben, weil sich Eltern schlichtweg Kinder nicht mehr leisten können?“, fragt Lambrecht. „Seit Jahren warten Eltern auf eine gerechte Entlastung. Doch stattdessen werden gerade die Mütter und Väter finanziell abgestraft, die täglich ihrer Erwerbstätigkeit nachgehen und sich für mehrere Kinder entscheiden!“

### **Appell an Bundesfamilienministerin Kristina Schröder: Sozialversicherungen familiengerecht gestalten**

Das Aktionsbündnis Familie und seine Unterstützer \*\*\*) haben dazu eine „Virtuelle Demonstration“ gestartet und bereits über 9000 Teilnehmer gesammelt.

„Wir fordern als ersten Schritt, dass der Gesetzgeber die Sozialversicherungen (Renten-, Pflege- und Krankenversicherung) familiengerecht gestaltet, so wie es das Bundesverfassungsgericht gefordert hat. Dazu muss die Kindererziehung als gleichwertige Beitragsleistung zu den Geldbeiträgen anerkannt werden. Mindestens das steuerliche Existenzminimum ist bei den Beiträgen zu berücksichtigen.“

### **Kontakt für Medienanfragen:**

Aktionsbündnis Familie  
Sprecherin Christiane Lambrecht  
Hagenerstr. 24, 82418 Murnau  
Telefon: 0171-3810057  
www.aktionsbuendnis-familie.de  
info@aktionsbuendnis-familie.de

Das Aktionsbündnis Familie ist kein Dachverband von Organisationen sondern ein lockeres Zweckbündnis.

Wir setzen uns dafür ein, dass endlich wichtige Urteile des Bundesverfassungsgerichts umgesetzt werden und Familien das Geld in der Tasche bleibt, das ihnen zusteht.

\*) Bezug ist das Pflegeversicherungsurteil des BVerfG vom 03.04.2001. Berechnung siehe:

<http://www.aktionsbuendnis-familie.de/Beispielrechnung.pdf>

- \*\*)
1. Urteil zum **steuerfreien Existenzminimum** vom 29. Juni 1990
  2. Urteil zu den Beiträgen in die **Rentenversicherung**, das sogenannte „Trümmerfrauenurteil“ vom 7. Juli 1992
  3. Urteil zu den Beiträgen in die **Pflegeversicherung** vom 3. April 2001

\*\*\*) **Unterstützer** des Aktionsbündnis Familie sind u.a.:

Dr. Alwin Nees, Präsident des Deutschen Familienverbandes  
JAKO-O GmbH  
Hartmut Steeb, Generalsekretär Evangelische Allianz  
Bischof Gregor Maria Hanke, Eichstätt  
Verband Alleinerziehender Mütter und Väter  
Landeskomitee der Katholiken in Bayern  
Bund Katholischer Unternehmer

Weitere Unterstützer: <http://www.aktionsbuendnisfamilie.de/Unterstutzer/unterstutzer.html>